

Europa im Frieden – und Deutschland

Detlef Bald

„Unsterblich sollst Du künftig sein, Europa; denn der Erdteil, der Dich aufgenommen hat, soll für alle Zeiten Deinen Namen tragen.“ So beschied Zeus, der Göttervater, voller Glück – nach seinen, dem berühmten Zauber der ungewöhnlich attraktiven Schönheit der Europa begehrt erlegenen Liebesabenteuern. Er hatte sich, nach Merkurs List, in die Gestalt eines kräftigen weißen Stieres verwandelt, die Hörner mit Girlanden umkränzt mit Blumen im Maul, und die Königsprinzessin nach Kreta entführt – glücklich mit ihr in Frieden gelebt, wie Homer und Herodot über den Raub der Europa aus dem phönizisch-persischen Reich berichten. Der bildreich ausgeschmückte, sagenumkränzte Mythos lässt die kulturell weiten Traditionen des Mittelmeerraumes erstrahlen.

Dem sich entfaltenden Christentum gefiel das überhaupt nicht – erotische Begierden, körperliche Schönheit und eine Kultur aus dem Heidentum wurden verdammt, wie Tertullian und Augustinus lehrten, um diese antike, eben heidnische Kultur abzulehnen. Der Mythos vom Raub der Europa dämmerte Jahrhunderte dunkel dahin, bis die Aufklärung ihn wieder ans Licht holte und ihm Gestalt gab. Rubens oder El Greco zeigten es glanzvoll; auch moderne Künstler haben sich inspirieren lassen: Paul Gauguin, Gustav Klimt, Paul Klee oder Henri Matisse holten Europa auf Leinwand fein wieder in die Gegenwart. Das Bild der Europa, Licht, Frieden, Hoffnung gebend, gewann erneut leuchtend Gestalt.

Europa, welche Rolle spielte der Begriff früher in den Staaten auf dem Kontinent? Einen guten beispielhaften Einblick bietet der große Realpolitiker, Fürst Otto von Bismarck. Im Herbst 1876 notierte er auf einem Schreiben aus St. Petersburg, in dem für eine Europa bezogene Politik geworben wurde: „Qui parle Europe a tort, notion géographique.“ Eindeutig bezeugen diese Worte das Selbstverständnis im herrschenden, für das 19. Jahrhundert typischen Nationalismus auf dem Kontinent. Europa gibt es nicht; meinte der Reichskanzler: Nur Verrückte konnten so etwas sagen.

I Historische Ausgangslage

In der neuzeitlichen Vergangenheit hat die politische Welt mit „Europa“ keine Vision verbunden. Auf dem Kontinent hatte es wohl immer Expansionen, gar imperial gewaltige Eroberungen gegeben, zuletzt von Napoleon und Hitler. Wann denn wuchs Europa zur politischen Idee? Anklänge finden sich manche. In Deutschland zeigen sich wichtige Wurzeln in den Zeiten dunkler Hoffnungslosigkeit von Krieg und Diktatur: Europa schenkte ein Licht der Hoffnung am Horizont einer Welt im Frieden. So fürchtete im Elend des NS-Regimes im September 1938 Karl Barth in einem Brief an einen Freund in Prag, als der Diktator das halbe Sudetenland einforderte, „mit der Freiheit Ihres Volkes steht und fällt heute... die (Freiheit) von Europa und vielleicht nicht nur von Europa.“ Später suchten in der Dämmerstunde des Kriegsendes Mutige aus dem Widerstand Hoffnung in einem freien Europa. Hans Scholl aus dem Kreis der Weißen Rose erklärte im Februar 1943 vor der Gestapo, sie hätten für demokratische Freiheit und eine „föderalistische Ordnung“ der Staaten in Europa gekämpft.

Auch Dietrich Bonhoeffer entwarf ein politisches Europa. Im Mai 1942 überreichte er Bischof Bell mit der Berliner Denkschrift an die Regierung in London das Friedensprojekt einer „europäischen Föderation freier Staaten“, bei einer „engen Zusammenarbeit unter freien Nationen“, sogar mit einer „gemeinsamen Exekutive“ und einer „europäischen Armee“, ein Bogen der Hoffnung hin zu einer weitgespannten Vision. Die interne Antwort des britischen Außenministeriums jedoch konfrontierte derartige Konzepte eines föderalen Europa mit harter Realität; denn dies würde bedeuten, „ein Europa unter der Vorherrschaft Deutschlands“ zu erhalten. Die Vorstellung, in einen Bund „freier Nationen“ aufgenommen zu werden, werde es für Deutschland nicht geben, 1942 formuliert; es wurde dann verbindlich auf der Konferenz in Casablanca von der Kriegallianz beschlossen, drei Jahre vor der Kapitulation.

In der Politik der neueren Geschichte gilt Deutschland als militaristisch. Gemäß der Lehre des Generals Helmuth Graf Moltke aus den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte die Zwei-Fronten-Strategie, erst den Westen erobern, dann im Osten die Russen schlagen, unselbige Geltung erhalten. Seit jenen Tagen hatte dieses Denken im nationalistisch überbordenden, Blut und Eisen verherrlichenden Preußen-Deutschland zu drei international weiten Kriegen geführt. Die Urkatastrophe des Jahrhunderts war geboren, im Krieg das Heil zu sehen: „Euren Feind sollt Ihr suchen, Euren Krieg sollt Ihr führen (...) Ich sage Euch: der gute Krieg ist es, der jede Sache heiligt!“, Worte von Friedrich Nietzsche von 1870.

Der erste Krieg seit den 1860er Jahren ging gegen Dänemark, Bayern, Österreich, Großbritannien, Russland, Frankreich; dann gab es seit 1914 wie nach 1939 zwei global erweiterte Kriege gegen die Staaten der halben Welt, zugespitzt in dem von einem Adolf Hitler mit seinem völkischen NS-Regime germanischer Kulte geprägten Krieg vom Atlantik bis zum Ural. Allein – eine Vision der Freiheit in einem Europa des Friedens adelte diese kriegerischen Eroberungs- und Macht-Gebärden, in denen Hunderttausende, gar Millionen Opfer zu beklagen waren, kaum. In Berlin herrschte die „chronische Friedlosigkeit“ (Eugen Drewermann), wie es 1945 bei der Kapitulation allen gewiss war.

Auf das Nachdenken von Heinrich Heine in Paris – „Denk ich an Deutschland...“ – kannten alle Nachbarn im 20. Jahrhundert nur die Antwort: Sicherung vor der Bedrohung durch deutsches Militär. Eindämmung der Macht nannten es die Amerikaner; den Becher der Niederlage bis zur Neige leeren, waren die Worte von Winston S. Churchill. Der erste Schritt erfolgte in Potsdam im August 1945: Demilitarisierung und Zerschlagung des preußisch-deutschen Militarismus; danach drei Zonen unter dauerhafter Besetzung. Das Erbe der Kriege war in Deutschland zu tragen.

II Anfänge eines Europagedankens

Die Politik arbeitete hinter den Kulissen. Ab Juli 1948 berichteten US-Medien von der Notwendigkeit, zum Schutz Westeuropas benötige man den „Wiederaufbau einer deutschen Armee“. Zudem rieten Experten der US-Regierung zu einer „mindestens zwanzigjährigen, wenn nicht zeitlich unbeschränkten Besetzung Deutschlands“. Und schließlich variierte Maurice Duverger noch, bezüglich der zwei Erzrivalen auf dem Kontinent, Deutschland und Frankreich, sei das Konzept nötig: „Eine europäische Armee wäre wesentlich eine deutsch-französische Armee.“ Nur wenige Monate später klang es dann auch: „Asien steht an der Elbe“ oder Rettung des „Abendlands“ vor dem „Bolschewismus“, räsionierte ein alter Politiker ohne Amt und Mandat, Konrad Adenauer, wie, um die Westbindung der von Militärs geführten Zonen zu akzeptieren. So ergaben drei Komponenten – deutscher militärischer Anteil zur Abwehr der Sowjetunion, Kontrolle deutscher Macht sowie die Annäherung von Deutschland und Frankreich – die Elemente einer Mixtur für eine integrative politische Entwicklung zu planen.

Die Würfel waren gefallen, als der US-Präsident die mit seinem Namen verknüpfte Truman-Doktrin am 12. März 1947 verkündet hatte, die westliche Freiheit vor östlicher Bedrohung zu schützen. Die Politik der Eindämmung wurde zum Signum des Kalten Krieges; im Namen Europas wurde gehandelt, allein Westeuropa war gemeint. Der Brüsseler Vertrag, die Westeuropäische Union, nahm den Namen Europa auf. Die Benelux-Staaten, Frankreich und Großbritannien suchten Schutz, Schutz vor der Bedrohung durch militärische „Angriffspolitik“ – Angriffe der Deutschen. Außenminister Ernest Bevin gab den Impuls, diese WEU Ende 1948 hin zur Achse eines Bündnisses mit den USA und Canada zu erweitern. Der Impuls zur NATO-Gründung am 4. April 1949 war gegeben. Das Format der westzentrierten Ordnung der „freien Welt“, Westeuropa in Verbindung mit den USA, war geboren: „NATO has three functions, keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down.“ (Lord Ismay) So entfaltete sich nach 1945 die „politische Ordnung der abendländischen Staaten“ (Karl Jaspers). Europa – noch keine Vision, eher ein amorphes Gebilde.

Adenauer übernahm diesen Ansatz, nachdem ihm schon 1948 Generäle ein Gutachten „Zur Sicherheit Westeuropas“ anfertigten; sie preschten vor mit Worten, deutsche „Panzertruppen...“, anstelle von Besatzungstruppen,“ zu fordern, bevor sie zurückruderten, Deutsche nur unter „unter amerikanischem Oberbefehl“. Eine Plattform mit Bezug auf Europa schien für die gerade gegründete BRD im Petersberger Abkommen im November 1949 zu erklingen. Adenauer bestätigte, die BRD „als friedliebendes Mitglied“ in „eine Ordnung“ einzufügen, „die sich im Rahmen der Europäischen Union finden lassen wird“; dafür sei die unter Besatzungsrecht stehende BRD bereit, „sich zur Wahrung des Friedens im System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einzuordnen.“ Nun, Ende 1949 bildete Europa das Stichwort, sogar eine „Europäische Union“ war genannt, Deutschland eine Zukunfts-Hoffnung zu versprechen; aber niemand sonst auf dem Kontinent nahm von „Europa“ Notiz.

III Europa – nur Sicherheit

Das Signal einer militärischen Integration des deutschen Militärs in ein westeuropäisches Bündnis war gesetzt, sodass Adenauer dem Muster folgte, den Status als Staat durch Militär zu erringen. „Souveränität durch Wiederbewaffnung“ lautete seine Devise; ein streng geheimer Masterplan von Generälen zur Konzeption einer „neuen Wehrmacht“ wurde im Sommer 1950 abgestimmt mit den Amerikanern. Doch die Staaten in Westeuropa waren empört – Aufrüstung in Deutschland? Umgehend wurde die Montanunion gegründet, um die deutsche Rüstungswirtschaft, Kohle und Stahl, zu kontrollieren; Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten suchten damit im April 1951 Sicherheit; diese EWG wurde 1957 erweitert und erhielt mehr Befugnisse.

Die Pläne für deutsches Militär legten gleich alte Rivalitäten zwischen Frankreich und den USA offen; denn Noten aus Bonn an die USA über diese Aufrüstung führten in Paris zur totalen Ablehnung. Pleven legte im Oktober 1950 seinen Plan einer Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft vor, worauf die Amerikaner sofort reagierten und ihr NATO-Konzept variierten, um diese „neue Wehrmacht“ sowie auch eine gesamte EVG unter ihrer Kontrolle zu halten. Das EVG-Gesetz kam in die Parlamente, doch es gab keine Aussöhnung der Erzfeinde, weil alles im Herbst 1954 in Paris scheiterte, wo die USA in geheimer Mission hinter den Kulissen intervenierten, zum Vorteil von WEU und NATO.

Dann gab es im Mai 1955 den großen Schub, der die formativen Strukturen der Westintegration der Bundesrepublik für lange Jahrzehnte regelte. Die deutsche Staatsräson verlangte politische Orientierung nach Westen und Einbindung der Bundeswehr in das System der Sicherheit Westeuropa in Verkoppelung mit der Schutzmacht USA. Der Kanzler erklärte voller Stolz, die Deutschen hätten ihren Platz „als Freie unter Freien“ errungen; doch in der Realität übertrugen ihnen die Besatzer nur die „volle Macht“ (full authority), die „oberste Macht“ (supreme authority) blieb für sie reserviert; die bisher „ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten“ sicherten sie sich erneut in Verträgen ab.

Dieser Einschnitt im Mai 1955 brachte Europa neu zur Geltung. Die WEU des Jahres 1947 wurde reaktiviert und die Funktion neu formuliert. Allein ihr Geist, die westeuropäischen Nachbarn vor einer deutschen „Angriffspolitik“ zu schützen, wandelte sich zum allgemeinen Ziel, „die Einheit Europas zu fördern“. Die WEU wanderte ins Rüstungskontrollamt nach London und übte die mit der NATO abgestimmte, weitestgehende Befugnis aus, alle Bestände an Waffen und Depots von Militär und Polizei jährlich zu Hunderten zu inspizieren. Diese extreme deutsche Bindung blieb ambivalent; hier die abgesicherte, unbegrenzte Kontrolle und dort – allein für die Deutschen – das ferne, unbestimmte Signal nach „Europa“. Diese Phase hat, wie der Einwurf dazu lautet, die „Restbestände der Diskriminierung“ (v. Schubert) aus Besatzungszeit zementiert; doch ebenso von vielen auch akzeptiert, sogar mehrheitlich als Friedensordnung geschätzt.

Die im Mai 1955 etablierte westeuropäisch-nordatlantische Ordnung hatte noch eine zweite Ebene militärischer Präsenz. Eine Zäsur erfolgte, da Amerika seine unter nationalem Kommando stationierten

Truppen geheim mit Atomwaffen ausrüstete; ebenso verfügte die Bundeswehr bald über Tausende A-Waffen. Erstmals keimten öffentliche Unruhen auf, neue Zeichen einer „geistigen Revolution“ für „Frieden machen“ gab es; diese widerständigen Konturen sind mit dem Namen Martin Niemöller verbunden, der die Debatten über den Sinn von Bündnis und Militär als „Block der Guten“ mit anstieß. Seine pazifistische Kraft zeigte sich gerade auch in den Jahren, als er sich vehement und prominent gegen diese Stationierung der Atomwaffen des Kalten Krieges stellte.

Dieser internationale Kraftakt der Sicherheitspolitik seitens der US-Schutzmacht und Westeuropas des Jahres 1955 fand bezüglich der Erbfeindschaft zwischen Bonn und Paris endlich 1963 seinen Abschluss; Freundschaft lautete das Motto im Elysee-Vertrag. Die Präambel aber ließ mit den Worten aufhorchen, diese bilaterale Beziehung würde die „multilateralen Verträge“ über die atlantische „Partnerschaft“ sowie die „Integrierung“ in die NATO nicht berühren. Diese Ordnung im Konzept von 1955 hatte 35 Jahre lang Bestand, von manchen auch glorifiziert; doch „Europa“ existierte kaum in Umrissen, die Worte gaben nur Hoffnung.

IV Die Etappe für ein neues Europa

Wie Fahnen im Wind wehten dann alle Jahre und aller Orten die Worte von der Friedensordnung Europas oder einer politischen Zusammenarbeit in Europa. Nach 20 Jahren waren es dann deutsche Politiker, die Initiativen wagten. Kanzler Willy Brandt drängte auf Bewegung: „Die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion ist... auch ein entscheidender Schritt vorwärts auf dem Wege zur Einigung Europas.“ Kanzler Helmut Schmidt folgte im Mai 1974 dieser Spur eines „engeren Währungsverbunds“; der Blick auf hemmende Gewichte klärte, „in Partnerschaft“ mit den USA. Die Diskussion zum heutigen Format Europas kam in Gang.

Ein Jahrzehnt dauerte es, bis Schwung in die Neugestaltung des anfänglichen Exekutivföderalismus' eines politischen Europa kam. Diese Identität wuchs mit der Idee der Bürgerrechte; wichtige Europa-Wahlen fanden 1979 statt; 1985 wurden europäische Pässe ausgegeben und die Europafahne gehisst. Im Jahr darauf erhielt das Parlament wichtige demokratisch legitimierende Rechte, Einfluss auf die Politik der Kommission durch eigene Kompetenz zu nehmen. Die *Einheitliche Europäische Akte* erweiterte den Binnenmarkt; Spanien und Portugal traten bei.

Nationale Eitelkeiten streuten beim Prestige-Thema der Währung, das Schmidt so bewegt hatte, Sand ins Getriebe; es schien ad acta gelegt, bis es aber 1988 in einem Memorandum seinen Platz auf der Agenda erhielt. Die Integration stockte erneut, da Francois Mitterand die alte hegemoniale Übermacht fürchtete, Wirtschaft sei „Deutschlands Atombombe“; aber noch 1988 wurden die Vorbereitungen für eine Zentralbank sogar mit der deutschen Bundesbank verkoppelt. Auf dem Papier gewann die Währungsunion konkret Gestalt.

Das große europaweite Beben, die deutsche Einigung, bildete den Auftakt zur demokratischen Europäischen Union. Dieses Jahr warf alles um. Alles wurde gelöst und neu arrangiert: Alles, alte Interessen und neue Formen sollten eine Zukunft finden. Der *2 + 4-Vertrag* dokumentiert den Epocheneinbruch 1990. Die Sorgen – „der deutsche Adler ist von seinen Fesseln befreit“ – verlangten Taten. Da die Besatzungsrechte der alten Kriegsallianz von 1945 in Deutschland Ost wie West ihre Relevanz verloren, musste die etablierte Machtstruktur der internationalen Beziehungen neu aufgebaut werden: Die *Charta von Paris* dokumentiert das Ende der Nachkriegszeit. Europa gewann die politische Bedeutung, die zur heutigen Union führte. In Rom fand im Oktober 1990 die grundlegende Einigung über den „schrittweisen“ Weg zur Europäischen Union statt. In Maastricht wurden Ende 1991 die Einführung des *Euro*, dessen Geburtswehen Jahre währten, und Kriterien einer stabilen Geldpolitik festgelegt.

Deutschlands langer Weg nach Westen hat in diesem Format einer Europäischen Union Erfüllung gefunden. Die USA konnten in diesen Zeiten und bis heute ihren hegemonialen Status erhalten; die

EU wurde lapidar „verankert in der Atlantischen Allianz und in der WEU, die den gleichen Sicherheitsraum“ teilen. Weitere Sonderrechte verbriefte Bonn noch als „fortdauernde militärische Präsenz der USA“. Geschichte ist beharrlich und Symbole bestehen fort, wie die großen Feiern zur Landung der Alliierten des Krieges in der Normandie zeigen. Kritiker nannten diese Ordnung spöttisch, die BRD sei endgültig der „US-amerikanische Festlandsdegen in Europa“; andere erkannten darin, emotional gemeint, den „Block der Guten“.

Die traditionelle Kontinuität der US-Präsenz in Europa seit 1945 blieb 1990 gesichert. Schien diese Präsenz manchen unzulässig, so gewann diese transatlantische Bindung nach dem Zerfall der Sowjetunion, als mitteleuropäische Staaten der EU beitraten, neue Bedeutung für das Gleichgewicht und als Schutzmacht vor russischer Bedrohung. Denn osteuropäische Staaten, die in den neunziger Jahren unabhängig wurden, traten nach 2004 der EU bei, so das Baltikum, Polen oder Ungarn; dann folgten Bulgarien und Rumänien; die EU-Mitgliedschaft weiterer Staaten steht an.

Die EU ist rechtlich als *Europäischen Föderation* verfasst. Um 2000 wurde von den Regierungen konkret die Verfassung ausgehandelt, gerade auch intensiv von Joschka Fischer betrieben, um die Kompetenzen der Föderation zwischen Nationalstaaten und Parlament auszutarieren, im Blick auf einige Kernaufgaben. Den entsprechenden Vertrag verabschiedeten alle Parlamente in Gesetzen, schlussendlich in Lissabon 2007 unterzeichnet, damit die moderne EU, die politische Union, ihre demokratisch verfasste Ordnung ab Mai 2010 erhielt. Deutschland erlangte endgültig damit die Rückkehr „in den Kreis der zivilisierten Nationen“ nach eigenen „jahrzehntelangen Anstrengungen“ (Jürgen Habermas).

Im *Europäischen Rat* sind alle Regierungen der Mitgliedsstaaten vertreten mit dem Recht, den politischen Handlungsraum der *Europäischen Kommission* zu lenken und zu tragen; die Kommission, heute geleitet von Ursula von der Leyen, stellt die Exekutive, die Regierung. Ihre Politik wird von der Kommission kontrolliert, ausgerichtet sowie zugleich vom *Europäischen Parlament* legitimiert; dessen Kompetenzen werden weiter ausgeweitet, um mit eigenen Initiativen und Anträgen – gewissermaßen aus souveräner, durch Wahlen gewonnenen Vollmacht – die Politik der Kommission zu gestalten. Erkennbar gibt es eine in der demokratischen Anlage ähnliche Zuordnung wie zwischen Bundesrat, Regierung und Parlament in Berlin.

V Entwicklungen zum Frieden

Die moderne EU hat mit all den politischen Alltagsfragen zu tun, mit denen die Regierungen der Staaten befasst sind; fast alles, die harmlosen Aufregungen ebenso wie die Grundprobleme, wird Thema in Brüssel. Als ein erstes gravierendes Krisen-Beispiel kam 2008 das Geld; die globale Wirtschaftskrise der USA. Dann brummte Griechenland seit 2010, als die verschleierte Schulden zu einem Finanzdebakel führten; Wolfgang Schäuble wurde europaweit zum drastischen Diplomat strikter Spar-Maßnahmen. Bald danach standen 2015 Migranten zu Hunderttausenden, die sich auf den Fußmarsch nach Mitteleuropa machten, vor der Tür. Das Dilemma, Panzer und Gewehre einzusetzen oder sie friedlich anzunehmen, löste man: Die eine Seite lautete: „Wir schaffen das!“, die andere Seite gelang Mark Rutte und Angela Merkel über Brüssel, damit die Türkei für Milliarden Euro Millionen Flüchtlinge aufnahm. Eine vierte Krise fand 2016 ihren Punkt, als der Brexit – „Make Britain Great Again!“ – Boris Johnson in die Hände spielte, den Austritt aus der EU Weihnachten 2020 zu vollziehen.

Dann folgten im Takt des internationalen Geschehens der Politik die Wirrnisse von Corona, Krieg und Frieden; nun geht es um Steuern und Subventionen, um Inflation und Wirtschaft. Politik und Brüssel werden mehr und mehr synonym. Das wird ganz normal: Was in Kiel oder Stuttgart, in Erfurt oder Berlin auf der Tagesordnung von Ministern und Kanzler steht, ist zugleich oder war zuvor aktuell in Brüssel. Der Kreislauf der politischen Aktionen in der föderalen Bundesrepublik hat eine zweite Ebene in der föderalen EU erhalten. Diese Entwicklung geht weiter. Die Perspektive einer Idee Europas der

Zukunft skizzierte der national verwurzelte Emmanuel Macron als „Neugründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europas“, mit der Idee eines „Europa, das schützt“, mit der Macht einer Politischen Union nach innen und außen – hin zu einem Europa neuer Größe.

In der Gegenwart schimmern Probleme der gesellschaftlichen Identität auf, ein wenig verdeckt; denn historisch gesehen existiert Europa erst sehr kurzfristig. Für Deutschland ist es Schicksal, Europa anzunehmen, vielleicht politische „Verheißung“ (Robert Menasse); Europa hatte nach Kriegsende eine reale optimistische Perspektive eines freien Staates geboten. Andere Staaten fühlen sich bei der Europa-Orientierung in einigen Bereichen ihrer Kultur und Politik irritiert; Wandel beunruhigt, rührt vieles auf, lenkt den Blick auf Gesichertes, hin zu Vertrautem. Daher rumort es weithin, wie der Begriff „rechtsextrem“ anzeigt, von Holland zu Ungarn, von Deutschland bis Italien, von Frankreich nach Spanien.

Die Ursachen liegen tief, sie sind da. Halt soll helfen: Autoritäres und Nationales geleiten die Sehnsucht nach Glorie und Größe, Gewohntem und Geborgenheit. Rechtes Denken signalisiert die Sehnsucht nach dem starken Staat; das Autoritäre ist ein wichtiger Punkt für dieses gesellschaftliche Phänomen; es lebt verdeckt; es findet sich zum einen in der Geschichte autokratischer Diktaturen, gerade weil Faschismus und Nationalsozialismus sich im völkischen Geist über andere erhoben; Spanien trat, Franco geprägt, der EU vor nicht einmal fünfzig Jahren bei. Das Phänomen rechtsextremer Reaktionen führt auch zu anderen Bereichen der Geschichte. Hier leuchtet Reichtum aus dem Glanz ihrer Imperien. Kolonien waren „Besitz“; kaum zwei Jahrzehnte vor der echten EU-Entwicklung „gehörte“ der halbe Globus zur „westzentrierten Weltordnung“. Die weiße Kultur herrschte über die farbige Kultur, sanktioniert auch rassistisch mit „Gewalt und Unterdrückung, Minderwertigkeit und Prekariat“ (Frantz Fanon).

Diese Geschichte europäischer Staaten – Kolonialismus und Diktaturen – sind vergangen, leben aber in den Erinnerungen an Macht und Ordnung auf, verschleiern Unrecht und Rassismus; still wirken sie fort, ein „Merkmal der Unaufrichtigkeit, der Unfähigkeit zu fühlen“ (Hannah Arendt); die Gesellschaften des alten Europa sind noch immer von den Legenden des eigenen „Mythos der Macht“ (James Baldwin) fasziniert. Wandel sucht Deutung.

Einzelne Menschen bieten das Beispiel für einen grundlegenden Wandel; die Namensgeber unseres Vereins bilden diese seltene Ausnahme. Schon bei Dietrich Bonhoeffer brechen die Tiefen der Geschichte auf. Im Studium lehrte man ihn den Gott gegebenen Auftrag an die Völker, gemäß ihrer Sendung Länder zu erobern und rassistisch-völkische Kriege zum Wohle der Nation zu führen. Im Sinne solcher Ziele konnte Martin Niemöller vom gerechten Kampf überzeugt und begeistert Offizier für dieses Deutschland sein. Diesen Kreislauf der völkischen Sanktionierung der militärisch-nationalistischen Interessen durchbrachen beide fundamental und existentiell; aufgeschreckt vom Unrecht der NS-Diktatur und dem Vernichtungskrieg wurden Recht und Frieden zum Maßstab. So bietet ihre Umkehr „um des Glaubens willen“ (Karl Barth) und um der persönlichen Wahrhaftigkeit willen ein einzigartiges Beispiel für eine politische Ethik der Freiheit, des Rechts und des Friedens.

Die Gesellschaft in Europa wird den nationalen Mythen nachspüren und Erinnerungen transformieren, um frei und offen für das Ideal eines Europas der gemeinsamen Werte zu sein. Aufklärende und versöhnende Initiativen schenken diesem Prozess der Europäischen Union Kraft und Mut für die Zuversicht, für ein Europa der Zukunft zu streben – dann wird der Wunsch im alten Mythos von Zeus mit der Prinzessin Europa nicht nur eine Vision leiten sondern wirklich werden: Ein Europa im Glück der Freiheit und des Friedens.

Literaturhinweise

Ash, Timothy Gordon: Zeit der Freiheit. Aus den Zentren von Mitteleuropa, München 1999

Auswärtiges Amt (Hg.): Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972

Auswärtiges Amt (Hg.): Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995

Bald, Detlef: Die Bundeswehr. Eine schwierige Geschichte 1955-2005, München 2005

Driessen, Christoph: Griff nach den Sternen. Die Geschichte der Europäischen Union, Regensburg 2024

Habermas, Jürgen: Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Berlin 2011

Jopp, Mathias, F. Tekin (Hg.): Deutsche Europapolitik. Handbuch, Baden-Baden 2024

Kluge, Andreas: Kriegsfibel, Berlin 2023

Rödter, Andreas: Der verlorene Frieden. Vom Fall der Mauer zum neuen Ost-West-Konflikt, München 2024

Schubert, Klaus von (Hg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977, 2 Bde., Bonn 1977/78